

The SPD logo is a red square with the white letters "SPD" inside.A photograph of Johann Saathoff, a man with short brown hair, smiling and wearing a dark suit jacket over a light blue shirt. He is standing in front of the Reichstag building in Berlin, with the German flag and the European Union flag visible in the background.

Newsletter von
Johann Saathoff, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 15. April 2019

www.johann-saathoff.de

Ausgabe 02/2019

Mein mitbringer!

So langsam beginnt der Europawahlkampf. Viele sagen: Selten hatte eine Europawahl eine so große Bedeutung wie dieses Mal. Ich sehe das auch so: Am 26. Mai treffen wir eine Grundsatzentscheidung über unser Zusammenleben, die weit über Europa hinausgeht.

Ich könnte an dieser Stelle viel erzählen über die vielen EU-Förderprojekte in meiner Heimat Ostfriesland, über die Bedeutung eines freien Handels in Europa für die deutsche Wirtschaft und über das Recht jeden Bürgers, sich in der EU frei zu bewegen, dort zu leben und zu arbeiten. Das ist alles richtig und wichtig und reicht, um für die europäische Idee einzutreten.

Aber ich glaube, es geht dieses Mal um viel mehr. Wir leben in einer Welt, in der immer mehr Länder Regierungen haben, die im Nationalismus ihre Zukunft sehen, die

meinen, dass sie alleine mit Arbeitslosigkeit, Flüchtlingsproblematik, Wirtschaftsentwicklung oder Klimaschutz klarkommen. Dafür steht der Ruf "America first" von Donald Trump. Aber in Großbritannien, Polen, Ungarn oder Italien hören wir ähnliche Töne. In all diesen Ländern beobachten wir, dass der demokratische Gedanke an Kraft verliert, dass die Gewaltenteilung nicht mehr ernst genommen wird, dass die Pressefreiheit abgebaut wird und Menschlichkeit etwa im Umgang mit Flüchtlingen nationalistischen Egoisten untergeordnet wird.

Machen wir uns nichts vor: Stabile Demokratien sind in der Welt die Ausnahme geworden. Wir dürfen nicht zulassen, dass so etwas auch in der Europäischen Union geschieht. Darum muss es am 26. Mai heißen: SPD wählen.

Viel Spaß beim Lesen!

Johann Saathoff

Marine-Überwasserschiffbau wird endlich Schlüsseltechnologie

Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen dem Bundestag und dem Bundesverteidigungsministerium konnte endlich ein Durchbruch für den Überwasserschiffbau in Deutschland erzielt werden. Der Marine-Überwasserschiffbau wird zukünftig als Schlüsseltechnologie eingestuft. Damit müssen Aufträge nicht mehr europaweit ausgeschrieben werden, sodass die Schiffe direkt bei deutschen Werften bestellt werden können. Damit wird endlich eine langjährige Forderung des Deutschen Bundestages umgesetzt.

Sowohl in den letzten Maritimen Anträgen des Parlamentes als auch im Koalitionsvertrag war dies bereits vereinbart.

Trotz allem hat das Bundesverteidigungsministerium bislang jede Initiative vermissen lassen, diese Beschlüsse auch umzusetzen. Auch wiederholte Nachfragen im Rahmen der Regierungsbefragungen blieben weitestgehend unbeantwortet. Umso mehr freue ich mich, dass diese nun doch Wirkung zeigen und die Regierung endlich den Forderungen des Parlamentes nachkommt.

Bundestag beschließt Starke-Familien-Gesetz

Familien mit wenig Geld werden künftig stärker unterstützt. Das hat der Bundestag mit dem so genannten Starke-Familien-Gesetz am Donnerstag, den 21. März 2019, beschlossen (Drs. 19/7504). Das Vorhaben ist auf Druck der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Koalitionsvertrag verankert worden.

„Familien halten unsere Gesellschaft zusammen. Familien zu stärken und zu entlasten, ist deshalb ein wichtiges Ziel“ – so steht es dort. Das neue Gesetz hilft Familien und Alleinerziehenden mit wenig Geld, weil damit der so genannte Kinderzuschlag erhöht und die Leistungen für Teilhabe und Bildung weiter verbessert werden. Der Kinderzuschlag ist eine finanzielle Unterstützung des Staates für erwerbstätige Eltern, deren Einkommen nicht ausreicht, um auch den Unterhalt ihrer Kinder ausreichend zu sichern. Der Kinderzuschlag funktioniert dann wie ein Zuschlag zum Kindergeld.

Er wird nun so erhöht, dass er zusammen mit dem Kindergeld und den Leistungen für Bildung und Teilhabe das Existenzminimum der Kinder sichert. Das geschieht in zwei Schritten: Im Juli 2019 wird der Höchstbetrag für jedes Kind zunächst von bisher 170 Euro auf 185 Euro monatlich angehoben. Zusammen mit den Bildungs- und Teilhabeleistungen und dem Kindergeld erhalten Eltern dann bis zu 408 Euro pro Monat für ein Kind. In einem zweiten Schritt wird ab dem 1. Januar 2021 der Höchstbetrag entsprechend dem Existenzminimum angepasst.

Zusätzliche Einnahmen sollen sich lohnen

Für Eltern, die Kinderzuschlag bekommen, soll es sich lohnen, zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Wenn das Familieneinkommen steigt, wird der Kinderzuschlag kleiner – bis es die Familie aus eigenen Kräften nur mit dem Kindergeld schafft, gut über die Runden zu kommen.

Die Koalition schafft auch die harte Abbruchkante beim Kinderzuschlag ab. Stattdessen soll ein sanftes Auslaufen der Leistung erreicht werden. In Haushalten mit Alleinerziehenden kann in Zukunft neben Unterhaltsvorschuss- oder Unterhaltszahlungen auch der Kinderzuschlag gewährt werden.

Damit Kinder nicht in verdeckter Armut aufwachsen (das ist das Dunkelfeld der Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung) öffnet die Koalition den Kinderzuschlag für Familien, die mit ihrem Einkommen knapp unterhalb der Bedarfsgrenze des Sozialgesetzbuches II liegen.

Außerdem wird das Antragsverfahren vereinfacht, indem der Zuschlag zukünftig für sechs Monate gewährt

wird. Eltern müssen in diesem Zeitraum den Kinderzuschlag nicht neu beantragen – selbst wenn ihr Einkommen sich verändert.

Bildungs- und Teilhabepaket wird erweitert

Mit dem Gesetz werden auch Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhöht und angepasst. Bei den Leistungen für Bildung und Teilhabe geht es darum, die Chancen für Kinder in der Kita und der Schule zu verbessern, so dass jedes Kind es „packt“. Das Bildungs- und Teilhabepaket richtet sich an Familien, die Leistungen der Grundsicherung, Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen. Diese Leistungen ermöglichen Kindern und Jugendlichen, an Bildungs- und Förderangeboten in der Schule oder in ihrer Freizeit teilzunehmen.

Bereits zum Schuljahresbeginn 2019/2020 wird die Unterstützung für den persönlichen Schulbedarf (Schulranzen etc.) von 100 auf 150 Euro erhöht. Anschließend wird diese Leistung jährlich in gleichem Maß wie der Regelbedarf angepasst.

Zusätzlich werden die Leistungen für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft für Aktivitäten beispielsweise im Bereich Sport, Spiel, Kultur usw. von 10 auf 15 Euro monatlich erhöht.

Kinder können künftig auch dann kostenlos Nachhilfe erhalten, wenn sie nicht akut versetzungsgefährdet sind. Diese bisher bestehende Voraussetzung entfällt – was dazu führt, dass mehr Kinder durch Lernförderung unterstützt werden können.

Die Notwendigkeit gesonderter Anträge als Leistungsvoraussetzung für Schulausflüge, Schülerbeförderung, gemeinschaftliches Mittagessen und Teilhabeleistungen fällt übrigens auch weg.

Im Klartext bedeutet das: Die Fahrt mit dem Schulbus wird für Familien mit wenig Geld ebenso kostenfrei wie das Schulessen. Die Voraussetzungen für Nachhilfe werden vereinfacht.



Delegationsreise der Deutsch-Pazifischen Parlamentariergruppe

Mit der Deutsch-Pazifischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages habe ich eine 2-wöchige Reise nach Papua Neuguinea und Neuseeland unternommen. In Papua Neuguinea habe ich unter anderem mit meiner Delegation das GIZ-Projekt „Integrated Water and Sustainable Energy“ in Imuagoro besucht. Dabei haben unser Dolmetscher, Bertold Schmitt, und ich gemeinsam einen 15 Liter Wasserkanister von der Wasserstelle nach oben in das Dorf getragen und am eigenen Leibe gespürt, was das bei 36 Grad Celsius bedeutet (siehe Foto). Das wurde stark belächelt, weil das sonst nur Frauen machen. Das Projekt wird u.a. das Tragen des Kanisters durch Solarenergie ersetzen, so dass dieser nicht mehr mehrmals täglich von der Wasserstelle zum Dorf getragen werden muss. Die GIZ ist die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, die die Bundesregierung darin unterstützt, ihre Ziele in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Bei unserem anschließenden Aufenthalt in Neuseeland haben wir unter anderem das Neuseeländische Parlament in Wellington besucht und als Gäste an einer Regierungsbefragung teilgenommen.



In Christchurch besuchten wir neben vielen anderen Institutionen das Antarktis-Zentrum - das hat mir noch einmal mehr die Bedeutung des Schutzes unseres Klimas klargemacht.

Vortrag zur Energiewende in Japan



Auf Einladung der Yamaoka Memorial Foundation (Yamaoka Stiftung) bin ich nach Japan gereist, um dort einen Vortrag bei dem 3. Wissenschafts- und Technologie-Forum an der Universität in Kyoto zum Thema „Energiewende in Deutschland - Chancen und Herausforderungen“ zu halten.

Die Japaner sind - gerade nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima - sehr interessiert an erneuerbaren Energien und den Erfahrungen, die Deutschland damit gemacht hat.

Das Deutsche Generalkonsulat hatte vor Ort dafür gesorgt, dass ich rund um den Termin bei der Yamaoka Stiftung noch diverse Termine zu Energiethemen wahrnehmen konnte.

Ein Höhepunkt der Reise für mich war der Besuch des Friedensparks in Hiroshima, der in der Mitte der Fläche des zentralen Geschäftsviertels der Stadt liegt, das von der Atombombe 1945 vollkommen zerstört wurde. Ich habe zum Gedenken an die Opfer des Atombombenabwurfs einen Kranz niedergelegt.

Yamaoka Memorial Foundation
The 3rd Science & Technology Lecture
 To aim for a sustainable society - Japan and Germany
 Effective Use of Renewable Energy

SPD-Küstengang diskutiert mit der IG Metall über die Energiewende



In einer unserer letzten Sitzungen der SPD-Küstengang war die IG Metall Küste zu Gast. Gemeinsam haben wir über aktuelle Herausforderungen der Windenergieindustrie diskutiert.

Unser Gespräch stand dabei unter dem Motto „Wir machen Wind für mehr Erneuerbare Energien“.

Die IG Metall hat uns ihre Forderungen zur Energiewende mit auf den Weg gegeben.

Wir waren uns schnell einig: Sowohl aus klimapolitischer als auch industriepolitischer Perspektive brauchen wir dringend verlässliche Ausbaupfade. Dafür werde ich mich selbstverständlich auch weiter auf allen Ebenen einsetzen.

„Laschen ist Hafendarbeit!“

Zusammen mit meinem Kollegen Uwe Schmidt (Berichterstatter für Seeverkehr und Häfen der SPD-Bundestagsfraktion) habe ich den niedersächsischen Wirtschaftsminister Bernd Althusmann aufgefordert, die Hafenverordnung zu überarbeiten. Ladungssicherungsarbeiten auf allen in die Seehäfen einlaufenden See- und Binnenschiffen dürfen ausschließlich von speziell für das Laschen ausgebildeten Hafendarbeitern/innen vorgenommen werden.

Die Havarie der MSC Zoe mit über 300 verlorenen Containern in der Nordsee hat gezeigt, wie wichtig Ladungssicherung auf Schiffen ist. Das Ladungssicherungskonzept der MSC Zoe konnte jedoch den Ladungsverlust nicht verhindern. Da darunter auch Gefahrgutcontainer waren, hatte die Havarie verheerende Folgen für die Bevölkerung und die Umwelt.

Um Havarien wie diese künftig zu verhindern, setzen wir uns dafür ein, dass Laschen Hafendarbeit bleibt. Originäre Hafendarbeitertätigkeiten dürfen nicht aus Kostengründen auf die Schiffsbesatzung abgewälzt werden. Wir wollen unsachgemäßes Sichern und Entsichern der Ladung verhindern. Ladungssicherungsarbeiten dürfen nur durch qualifizierte Hafendarbeiter/innen ausgeübt werden.

Wir dürfen unsere Sicherheits- und Qualitätsstandards nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Dies empfiehlt auch die Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung in ihrem Abschlussbericht zur Havarie der Glory Amsterdam.

Niedersachsen und Bremen müssen die Änderung der Hafenordnungen auf den Weg bringen. Ein entsprechender Beschluss im niedersächsischen Landtag zum Koalitionsantrag von SPD und CDU, der die Landesregierung genau dazu auffordert, scheidet aktuell an Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU). Demnach sei Ladungssicherung ausschließlich „originäre Aufgabe der Schiffsführung“.

Die Unfallgefahr beim Laschen an Bord durch die Schiffsbesatzung ist viel zu hoch. Wenn die Ladung unzureichend gesichert oder zu früh entsichert wird, gefährdet es die Menschen an Bord und in den Häfen. Zusammen sind wir der Ansicht, dass die Hauptverantwortung der Ladungssicherung von den Reedereien nicht allein bei der Schiffsführung abgeladen werden darf. Ladungssicherung ist Hafendarbeit!

Der Deutsche Fischereiverband zu Gast bei der Küstengang

Der Hauptschwerpunkt meiner parlamentarischen Arbeit liegt eindeutig auf der Energiepolitik, gleichzeitig bin ich aber auch noch für andere nicht minder wichtige Themen zuständig. Dazu gehört die Fischerei.

Deswegen habe ich mich sehr über den Besuch des Deutschen Fischereiverbandes bei der SPD-Küstengang gefreut.

Neben dem Präsidenten Gero Hocker war auch der Generalsekretär des Fischereiverbandes Peter Breckling zu Gast. Er hat über die aktuellen Herausforderungen der Branche berichtet. Das dominierende Thema ist dabei ganz klar der bevorstehende Brexit und die Unsicherheiten, die sich daraus für die Fanggebiete der deutschen Fischer ergeben. Das muss in den weiteren Verhandlungen zur konkreten Ausgestaltung des Brexits mit besonderer Sorgfalt behandelt werden.

Dafür werden wir uns als Küstenparlamentarier selbstverständlich auf allen Ebenen einsetzen.



Sitzung der Landesgruppen Niedersachsen/Bremen mit Vertretern der AWO Niedersachsen und Bremerhaven



Bei der Sitzung der Landesgruppen Niedersachsen/Bremen in der SPD-Bundestagsfraktion Anfang April haben wir mit Vertreterinnen und Vertreter der AWO über die aktuelle Arbeits-, Sozial- und Familienpolitik in Niedersachsen und Bremen gesprochen. Mit dabei war auch der AWO-Vorsitzende Friedhelm Mercktrup aus Emden.

Bei der spannenden Diskussion in der Landesvertretung Niedersachsen haben wir uns unter anderem darüber



ausgetauscht, wie die bisherigen Gesetzesinitiativen der SPD in diesem Bereich im Land Niedersachsen anlaufen - also z. B. der Soziale Arbeitsmarkt, das Gute-Kita-Gesetz oder das Pflegepersonalstärkungsgesetz.

Außerdem haben wir darüber gesprochen, dass gerade im Hinblick auf die Altersarmut besonders dringender Handlungsbedarf herrscht. Für die SPD ist deshalb klar, dass die Grundrente kommen muss - und zwar ohne Bedürftigkeitsprüfung!

Besuch von amerikanischen Austauschschülern aus Iowa

Die neun Schülerinnen und Schülern und ihre vier Lehrkräfte sind Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Austauschprogramms, das die IGS Krummhörn seit 2012 mit einer Schule in der amerikanischen Partnergemeinde Grundy Center in Iowa betreibt. Sie wurden begleitet von Carsten Krisch von der IGS Krummhörn.

Ich begrüßte die Gruppe im Fraktionssaal der SPD-Bundestagsfraktion und sprach mit ihr zunächst über meine Arbeit und Aufgaben als Mitglied des Deutschen Bundestages und über die Arbeit als Parlamentarier im Allgemeinen. Danach hatten die Gäste Gelegenheit, Fragen zu stellen. Wir haben unter anderem über die Zukunft von erneuerbaren Energien, den Brexit und das Verhältnis zwischen Deutschland und den USA gesprochen. Zum Schluss verabschiedete ich mich von der Gruppe bei schönstem Frühlingswetter auf dem Dach des Reichstages.



„Stehen Sie eigentlich zu 100% zu den Inhalten der SPD?“ Schülerinnen und Schüler der IGS Krummhörn zu Besuch im Bundestag

26 Schülerinnen und Schüler der IGS Krummhörn besuchten mich Anfang April mit ihren Lehrkräften Kristin Jacobs und Carsten Krisch im Bundestag.

Sie verfolgten zunächst auf der Gästetribüne eine Bundestagsdebatte und diskutierten anschließend mit mir u. a. über die Zukunft des VW-Werkes in Emden bei der Umstellung auf Elektromobilität.

Bei der Frage, ob ich eigentlich zu 100% zu den Inhalten der SPD stehen würde, musste ich nicht lange nachdenken: Der Kampf für unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eint alle SPDler. Aber es gibt natürlich auch verschiedene Interessen und Schwerpunkte in der Partei. Darüber darf dann diskutiert werden - das macht Politik ja so spannend!



Schülerteam aus Emden beim Pitch-Event von „Jugend gründet“ in Berlin

Die Schülerinnen und Schüler der BBS1 und BBS2 Emden hatten die Gelegenheit, als eines der besten Teams von über 700 Bewerbern ihr Projekt „PrintCase“ bei einem Pitch-Event des Bundeswettbewerbs „Jugend gründet“ in Berlin vorzustellen.

Ich habe es mir nicht nehmen lassen, das Team bei der Präsentation in der Factory Berlin am Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg zu besuchen und mir das Projekt erklären zu lassen. Bei der Idee „PrintCase“ geht es um die Umsetzung von Industrie-4.0-Strategien in der Produktion und im Vertrieb von individualisierten Raspberry PI Platinen und Gehäusen.

Der Raspberry PI ist ein einfach aufgebauter Einplatinencomputer, der entwickelt worden ist, um jungen Menschen den Erwerb von Programmier- und Hardwarekenntnissen zu erleichtern. Das Team aus Emden belegte am Ende der Veranstaltung den respektablen 6. Platz.

Ich bin sehr beeindruckt davon, was die jungen Leute mit ihrem Projekt auf die Beine gestellt haben. Auch wenn es nicht für den ersten Platz gereicht hat, bin ich stolz, dass



das Team aus Emden es geschafft hat, das Projekt persönlich bei dem Event vorzustellen. Der Wettbewerb „Jugend gründet“ wird seit 2003 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

10. Klasse der Oberschule Emden-Borssum zu Gast im Deutschen Bundestag



Auf meine Einladung besuchte die 10. Klasse der Oberschule Emden-Borssum auf ihrer Abschlussfahrt nach Berlin den Deutschen Bundestag.

Zunächst besuchten die 10 Schülerinnen und Schüler, die von ihren Lehrern Steffen Wulff und Klaus Runde begleitet wurden, eine Plenarsitzung des Deutschen Bundestages und verfolgten eine Debatte über den Gesetzesentwurf gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmisbrauch.



Anschließend hatten wir Gelegenheit zur Diskussion. Dabei ging es auch um die Schulstreiks "Fridays for Future" für mehr Klimaschutz. Ich finde es sehr gut, dass sich junge Menschen für politische Themen interessieren und für ihre Meinung demonstrieren. So lernt man Demokratie. Engagiert euch - es tut nicht weh!

Business as usual - Aver neet för mi

Praktikumsbericht von Cihan Schoppe aus Emden

Der Februar 2019 war nicht nur für die SPD ein ereignisreicher Monat, sondern auch für mich als Praktikant im Büro Saathoff. Mit der Grundrente und dem neuen Konzept für einen Sozialstaat durfte ich in meinem zweiwöchigen Praktikum an sehr interessanten Debatten verschiedenster Natur teilnehmen und erfahren, was es heißt, für die Politik von morgen um verschiedene Ideen und Meinungen zu streiten und zu versuchen Kompromisse zu finden.

Am Abend des ersten Tages stand der Besuch des Polit-Talkmagazins "Hart aber fair" zur geplanten Grundrente mit Hubertus Heil (Bundesarbeitsminister) und weiteren Gästen an. Dies war sicherlich eines meiner Highlights in Berlin. In Sitzungswochen des deutschen Bundestages ist es quasi unmöglich, den "Alltag" eines Abgeordneten auf zwei oder drei bestimmte Aufgabenbereiche zu reduzieren, weil er sehr vielfältig und abwechslungsreich ist und auch immer Bezug auf tagespolitische Entwicklungen nehmen kann. Dennoch sind beispielsweise der Besuch von Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen, Anwesenheitszeiten im Plenum sowie das Treffen verschiedenster Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft "Alltag" für ein Mitglied des deutschen Bundestages.

Besonders interessant war für mich auch die Recherche der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Mit ihrer Arbeit steht und fällt auch die Arbeit des Abgeordneten. Kontroverse Diskussionen zu führen und sich um Lösungen zu streiten sind auch innerhalb einer Fraktion entscheidende Faktoren.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei Johann Saathoff bedanken, der mir die Möglichkeit gegeben hat, einmal hinter die Kulissen des Bundestages in Berlin zu schauen. Darüber hinaus gilt mein Dank auch dem gesamten Team Saathoff, also Kornelia, Torsten und Wiebke, welche mich wunderbar aufgenommen haben und in einer sehr freundschaftlichen Atmosphäre zusammenarbeiten.



Johann Saathoff, MdB, und Cihan Schoppe
im 7. Stock des Paul-Löbe-Hauses

Fördergelder für Freibad Borssum genehmigt

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat die Projektliste für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ beschlossen.

Das Freibad Borssum steht auf der Liste und das war ein hartes Stück Arbeit, denn es gab viel mehr Anträge als Geld. Der Bund wird der Stadt mit 938.000 Euro zur Seite stehen. Damit kann die Stadt nun die große Lösung für das Freibad Borssum in Angriff nehmen - Borssum hat es einfach verdient.

In dem Fördertopf, für den sich bundesweit Kommunen bewerben konnten, sind insgesamt 200 Millionen Euro.

Ursprünglich waren es 100 Millionen Euro, vergangenen Sommer wurde das Programm aber noch einmal geöffnet, es konnten also auch neue Projektskizzen eingereicht werden. Die Stadt muss nun die Projektskizze weiter ausarbeiten. Die Kosten des Umbaus sollen sich auf insgesamt knapp 2,1 Millionen Euro belaufen. Die Stadt Emden muss 55%, also 1,15 Millionen Euro, der Kosten selber aufbringen, der Rest kommt aus dem Fördertopf des Bundes.

Ich freue mich schon auf das erste Wettschwimmen im neuen Bad mit dem Oberbürgermeister und dem Landtagsabgeordneten.

Respekt Coach für Emdener Schule

Zusammen mit dem Vorsitzenden des AWO-Kreisverbands Emden, Friedhelm Merckentrup, freue ich mich über Mittel für die Einstellung eines neuen Respekt Coaches in Emden.

Das Programm "Respekt Coaches/Anti-Mobbing-Profis" wird durch das Bundesfamilienministerium gefördert und ist im vergangenen November gestartet. Die Respekt-Coaches sollen bundesweit an Schulen für mehr Respekt untereinander sorgen und damit Hass, Gewalt und Mobbing eindämmen.

Zuständig für die Umsetzung vor Ort sind die Jugendmigrationsdienste. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten der Extremismusprävention und der politischen Bildung legen sie mit den Schulen die Bedarfe und ein Konzept für die Unterstützung fest. Auch die Bundesländer sind eng in die Auswahl der Schulen eingebunden.

Im Jahr 2018 standen für das Vorhaben bereits 20 Millionen Euro bereit. Für das aktuelle Jahr sind die Bundesmittel um drei Millionen Euro erhöht worden, dadurch erhält nun auch der Standort Emden eine Förderung. Ich halte das für eine tolle Ergänzung der bereits bestehenden Schulsozialarbeit und freue mich, dass nun auch eine Emdener Schule von diesem Programm profitieren kann.



Bei einem gemeinsamen Termin in Berlin (Foto) haben wir uns noch mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Familienministerium, Caren Marks, über die ehrenamtliche Arbeit vor Ort, ohne die viele Projekte nicht nachhaltig durchgeführt werden könnten, ausgetauscht.

Zu Gast beim Stammtisch der SPD in Aurich

Auf Einladung des SPD Stadtverbandes Aurich fand im März der erste SPD-Stammtisch in Aurich statt. Als einer der Gastredner durfte ich in gemütlicher Runde bei Kaffee und Kuchen mit den anwesenden Genossen diskutieren.

Ich habe kurz über meine Reise mit der Deutsch-Pazifischen Parlamentariergruppe nach Papua Neuguinea/Neuseeland und aus der aktuellen Bundespolitik berichtet. Anschließend führten wir eine tolle und konstruktive Debatte über die Zukunft Europas und über die Folgen eines Brexits.

Mit dabei waren auch der parteilose Bürgermeisterkandidat Hardwig Kuiper (der von der SPD unterstützt wird) und Landrat Harm-Uwe Weber. Mein Dank geht an den SPD-Stadtverband für diese toll organisierte Veranstaltung.



Gute Gespräche - gute Laune beim SPD Stammtisch in Aurich: Sebastian Schulze, Landrat Harm-Uwe Weber, Helene Krull-Weber, Johann Saathoff, MdB, und Hardwig Kuiper (v.l.)

Mein Team und ich wünschen eine entspannte Osterzeit und einen fleißigen Osterhasen!



Gemalt von Anni Stein, 6 Jahre

Kontakt Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB
Burggraben 46, 26506 Norden
Tel: 04931 - 4417
Fax: 04931- 930 16 73
johann.saathoff.ma03@bundestag.de

Kontakt Büro Berlin:

Johann Saathoff, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 - 227 - 73 155
Fax: 030 - 227 - 70 155
johann.saathoff@bundestag.de



Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155
johann.saathoff@bundestag.de | www.johann-saathoff.de

Redaktion

Wiebke Doesken, Cihan Schoppe, Heiner Schröder, Torsten Stein, Kornelia Urban und Sabine Zimmermann